

sionen zwischen Befürwortern und Gegnern der Ermächtigungsgesetze behandelt. O. diskutiert auch die Frage, warum keine Stellungnahme zu Grund- und besonders Nationalitätenrechten erfolgte und verbindet sie u.a. mit dem grundsätzlich liberalen, auf individueller Gleichheit beruhenden Verständnis von Bürgerrechten (hier hätte man sich eine Auseinandersetzung mit den Arbeiten Tara Zahras<sup>1</sup>, die zu anderen Ergebnissen kommt, wünschen können).

Die Versuche diverser Kritiker der tschechoslowakischen Verfassungsordnung, diese Lücke gesetzlich zu füllen, werden im dritten Teil, „Verfassungsgerichtsbarkeit und Nationalitätenproblem“, behandelt. Der Schwerpunkt liegt auf den von der Sudetendeutschen Partei vorgeschlagenen, antidemokratischen und antiliberalen „Volksschutzgesetzen“ und auf den Vorstudien dazu, die seit den späten 1920er Jahren von deutschen Juristen geschrieben worden waren. Obwohl sie immer bei ihrem rechtsgeschichtlichen Fokus bleibt, behandelt die Verfasserin hier auch die politischen Verhandlungen über eine Föderalisierung des Staates und die damit verbundenen Vorschläge zur Änderung der Befugnisse des Verfassungsgerichts bis zum Zusammenbruch der Ersten und kurz danach auch der Zweiten Republik. In einem kurzen Epilog wird die weitere Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in der Tschechoslowakei und ihren Nachfolgestaaten bis heute umrissen.

Leider hat O. einen Erzählstil gewählt, der nur für Eingeweihte problemlos zugänglich ist. Stets wird vorausgesetzt, dass der Leser sowohl mit juristischen Begrifflichkeiten als auch mit dem Hintergrund und den Haltungen Dutzender ohne jede Einführung auftretender tschechischer und deutscher Staatsrechtler intim vertraut ist. Wer aber nicht im Voraus Hans Kelsens „Reine Rechtslehre“ und Jiří Hoetzels und František Wehrs Haltungen dazu kennt, wird die Diskussion zur Rolle dieser beiden Juristen bei der Konstituierung des Verfassungsgerichts kaum verstehen können. Kurzbiographien zu den wichtigsten Akteuren (nur Karel Baxa und Jaroslav Krejčí werden porträtiert – die Schilderung von Krejčís juristischer und politischer Entwicklung ist übrigens hervorragend) hätten hier wahre Wunder gewirkt. Auch werden zu oft eigentlich interessante Beobachtungen und Schlussfolgerungen eher angedeutet als erklärt und belegt. O. behauptet z.B. mehrmals, dass die Richter des Obersten Verwaltungsgerichts eine größere Rechtsstaatlichkeits- und Grundrechtssensibilität als die Richter des Obersten Gerichts innegehabt hatten (S. 22, 193); warum dies der Fall sei, wird aber nie erklärt. Diese hermetische Darstellungsform ärgert umso mehr, als die Arbeit auch außerhalb rein rechtshistorischer Zusammenhänge sehr viel anzubieten hat.

Aarhus

Peter Bugge

<sup>1</sup> TARA ZAHRA: Reclaiming Children for the Nation: Germanization, National Ascription, and Democracy in the Bohemian Lands, 1900-1945, in: Central European History 37 (2004), S. 501-543. Erst nach der Verteidigung von Osterkamps Dissertation erschien: DIES.: Kidnapped Souls: National Indifference and the Battle for Children in the Bohemian Lands. 1900-1948, Ithaca 2008.

**Babette Quinkert: Propaganda und Terror in Weißrussland 1941-1944.** Die deutsche „geistige“ Kriegführung gegen Zivilbevölkerung und Partisanen. (Krieg in der Geschichte, Bd. 45.) Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2009. 419 S. ISBN 978-3-506-76596-3. (€ 58,-)

Christian Gerlachs Werk „Kalkulierte Morde“<sup>1</sup> ist für jeden, der sich mit der Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Weißrussland 1941-1944 befasst, eine feste Größe als Ausgangspunkt und Referenz. Das gilt auch für Babette Quinkerts Studie

<sup>1</sup> CHRISTIAN GERLACH: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941-1944, Hamburg 1999.

über das Zusammenwirken von Kriegführung, Besatzungspolitik und Propaganda in Weißrussland. Mit Recht nennt die Vf.in zu Beginn die immensen Opfer und Verluste, die der Krieg die 1939 um polnische Ostgebiete, die *kresy wschodnie*, vergrößerte Sowjetrepublik gekostet hat. Auch wenn nicht alle Opfer und Verluste auf deutsche Zerstörungs- und Vernichtungsabsicht zurückzuführen sind, so waren sie doch in jedem Fall Folge des deutschen Überfalls und einer Besatzungspolitik, die einerseits wirkliche Vernichtung, Ausbeutung und Zerstörung zum Ziel hatte und andererseits auf „Kollateralschäden“ insgesamt wenig Rücksicht nahm.

Insofern ist es tatsächlich überraschend, dass die Propagandavorbereitungen im Rahmen der deutschen Eroberungsabsichten nicht nur die eigenen Truppen als Adressaten vor Augen hatten, sondern auch die Truppen und die Zivilbevölkerung des Gegners. Diese sollten nicht nur durch militärische, sondern auch durch „geistige“ Kriegführung, d.h. Propaganda, zu Unterwerfung und Wohlverhalten gebracht werden. Zwang und Überzeugung sollten auch im „Russlandfeldzug“ zusammenwirken. Die Vorbereitungen zu diesem kombinierten Vorgehen begannen im Frühjahr 1941. Sie bauten konkret auf den Maßnahmen bzw. Erfahrungen auf, die seit der militärischen Besetzung des Sudetenlands in Zusammenarbeit von Propagandaministerium und Oberkommando der Wehrmacht ergriffen bzw. gemacht worden waren. Ausführendes Instrument dieser Zusammenarbeit waren zunächst die Propagandakompanien, die allen Truppengattungen beigegeben wurden, später dann ein zusätzlicher Propagandaapparat im Generalkommissariat Weißruthenien.

Die Vf.in stützt ihre Untersuchung auf eine überwältigende Fülle amtlicher deutscher Quellen und zeitgenössischer deutscher Literatur. Im ersten Kapitel schildert sie die konzeptionellen und organisatorischen Vorbereitungen auf den Krieg gegen die Sowjetunion. Das zweite Kapitel gilt der Darstellung des Propagandaapparats und der im besetzten Gebiet eingesetzten Medien. Hier schuf die Beteiligung verschiedener ziviler und militärischer Instanzen mit sich ändernden oder nicht wirklich geklärten Unterstellungen (vor allem Wehrmacht, Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Ministerium für die besetzten Ostgebiete) die zu erwartenden organisatorischen und inhaltlichen Reibungsflächen. Am überraschendsten erscheint vielleicht der von Anfang an umfangreiche, seit 1943 noch forcierte Einsatz einheimischer Kräfte als „Hilfspropagandisten“. Wie im militärischen und polizeilichen Bereich wurden also auch bei der Propaganda aus Personal-mangel „Hiwis“ eingesetzt, und zwar sowohl im zivilverwalteten Gebiet als auch im rückwärtigen Heeresgebiet. Die Ostland Film GmbH beschäftigte z.B. 1942 1 400 Einheimische, die von lediglich 25 Deutschen angeleitet wurden, und im Bereich der Propagandakompanie 689 bei der 4. Armee stieg die Zahl der eingesetzten Einheimischen bis Mai 1944 auf 852 Personen – ein Vielfaches des deutschen Personalbestands.

Das dritte, bei weitem umfangreichste Kapitel beschreibt in vier Schritten die propagandistische Praxis im zeitlichen Verlauf und im Zusammenhang mit der Besatzungspolitik und dem militärischen Geschehen. Dabei wird deutlich, dass sich das ursprüngliche deutsche Propagandakonzept, das auf einen kurzen Krieg eingestellt war und im Wesentlichen nur der Sicherung des deutschen Vormarsches durch die propagandistische Definition des eigentlichen Gegners (Bolschewismus, Kommunisten, Juden) und die Androhung von Strafmaßnahmen bei Widerstand dienen sollte, schon nach wenigen Wochen als unzulänglich erwies: Der deutsche Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen, aber auch Zivilisten und – das mag überraschen – Juden stellte offenbar eine äußerst wirkungsvolle „Gegenpropaganda“ dar.

Schon seit August 1941 wurde die deutsche Propaganda deshalb auf einen länger andauernden Krieg und auf Ziele wie die Gewinnung der Bevölkerung zur Sicherung der Ernte und der rückwärtigen Gebiete überhaupt umgestellt. Die Brutalität der deutschen Herrschaftspraxis und die Halbherzigkeit der Maßnahmen und Versprechungen im Hinblick auf die Zukunft, vor allem zur Wiedereinführung bäuerlichen Privatbesitzes, ließen diese Propaganda nach Eindruck der deutschen Verantwortlichen aber auch weiterhin ins

Leere stoßen. Auch die Vernichtungsmaßnahmen gegen die Juden stießen bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht auf Beifall (S. 198 f.).

Dieser Befund rief schon vor der sowjetischen Winteroffensive von 1941 eine Modifikation der deutschen Propaganda hervor, die die Vf.in unter dem zeitgenössischen Schlagwort der „Propaganda der Tat“ als „Jahr der großen Kampagnen“ beschreibt. Darunter sind vor allem die Pläne und Maßnahmen für die „neue Ordnung“, insbesondere die Auflösung der Kolchosen und die Gewährung von Selbstverwaltung, zu verstehen. Im Grunde sollten nun in etwas realistischerer Sicht der Dinge tatsächliche Maßnahmen und entsprechende Propaganda mehr zur Deckung kommen als zuvor. Doch wegen konkurrierender Ziele der verschiedenen Instanzen und entsprechend ungenügender Maßnahmen konnte auch die „Propaganda der Tat“ nicht erfolgreicher sein als die Taten selbst. Dazu trugen nicht zuletzt die zwischen Werbung und Terrorandrohung oszillierende Partisanenbekämpfung und der abschreckende Effekt der Zwangsrekrutierung von Ostarbeitern bei.

Angesichts des Kriegsverlaufs dominierte inzwischen auch der Wunsch nach Anwerbung einheimischer Freiwilliger für den bewaffneten Kampf gegen die Rote Armee und gegen die Partisanen. Die Propaganda konzentrierte sich seit Ende 1942 primär auf diese Aufgabe im Rahmen einer Mobilisierung des „Neuen Europa“ gegen den Bolschewismus. Immerhin wuchs nach deutschen Erhebungen die Zahl der „Freiwilligen“ und „Hiwis“ in Heeres- und Polizeiverbänden zum Juli 1943 auf 1,2 Millionen an. Zugleich nahmen Vorstellungen einer „positiven Politik“ im Hinblick auf weißruthenische „Partnerschaft“ und Selbstverwaltung einen wesentlich größeren Raum als früher ein. Gewiss, Hitler gedachte keineswegs, die tatsächliche Politik der Propaganda anzupassen (S. 288 f.). Aber selbst wenn man zu ernsthaften Konzessionen bereit gewesen wäre, war angesichts der abzu-sehenden deutschen Niederlage alles vergeblich.

Die Vf.in gibt einen Eindruck von der Begrenztheit aller während des Krieges verfolgten ostpolitischen Konzepte und macht deutlich, dass die Propaganda kaum überzeugender sein konnte als die ihr zugrunde liegenden Konzepte. Wie die Bevölkerung all dies aufnahm, kann die Studie aufgrund ihrer Quellen naturgemäß nicht ermitteln. Diese Frage bleibt eine Leerstelle in der Forschung.

Bochum

Bernd Bonwetsch

## Anzeigen

*Inter Finitimos. Polen in Deutschland. Hrsg. von Peter Fischer, Basil Kerski und Markus Krzoska. (Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, Bd. 6.) Fibre Verlag, Osnabrück 2008. 336 S. ISBN 978-39-3840-043-2. (€ 18,-,-) – Die Zeitschrift *Inter Finitimos* hat sich aus ihren Anfängen in den 1990er Jahren als „Wissenschaftlicher Informationsdienst deutsch-polnische Beziehungen“ zu einem bedeutenden Forum der deutschen und polnischen Historiographie entwickelt. Dieser Umstand spiegelt sich mittlerweile auch in dem seit 2003 gültigen Untertitel „Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte“ wider. Die Herausgeber/innen veröffentlichen nicht nur Aufsätze und Rezensionen, sondern vermitteln mit einer Bibliographie wichtiger Neuerscheinungen, Porträts wissenschaftlicher Einrichtungen sowie Skizzen aktueller Projekte auch nützliche Einblicke in die Forschungslandschaft. Der Themenschwerpunkt des vorliegenden Bandes lautet „Polen in Deutschland“ und präsentiert Abhandlungen, die ganz überwiegend das 20. Jh. betreffen. Folgerichtig ergibt sich in der Gesamtschau ein Übergewicht an, vereinfacht gesprochen, Konfliktgeschichten, die von der territorialen und wirtschaftlichen Neuordnung nach 1918, den Schrecken des Zweiten Weltkriegs sowie der Systemkonfrontation im Kalten Krieg handeln. Als Erfolgsgeschichte erweist sich demgegenüber die Integration polnischer Zuwanderer in die bundesrepublikanische Gesellschaft, wie in mehreren Beiträgen am Beispiel von Medien, großstädtischen Milieus sowie der katholischen*